

„Berliner Tageblatt“... enthält täglich... Preis 1 Mark... Abonnement 12 Mark...



Abonnements-Preis... auf das Berliner Tageblatt... Preis 1 Mark... Abonnement 12 Mark...

Mittheilungen.

Nummer 351. Berlin, Donnerstag, den 14. Juli 1898. XXVII. Jahrgang.

Kulturaufgaben in der Provinz Posen.

In der Behandlung unserer sogenannten Polenfrage hat man sich, wie bei verschiedenen Anlässen betont wurde, von Seiten der Regierung wieder einmal zu einer Anwendung der schärferen Tonart entschlossen. Die Neben einzelnen Minister im preussischen Kabinett, namentlich die des Reichsjustizministers, haben die Minister dabei hervorgehoben, daß es sich bei diesen auf die Kräftigung des Rechtsbewußtseins abzielenden Bestrebungen keineswegs um irgend eine Verletzung der staatsbürgerlichen Rechte des polnisch lebenden Theiles der Bevölkerung jener Gegenden handle. Zielwahrnehmung ist die Aufhefung und die Söge der Staatsregierung lediglich auf die Lösung der wirtschaftlichen Fragestellung, die den allgemeinen Fortschritt in jener Provinz, die Bemühungen der Staatsregierung werden in gleicher Weise den Polen wie den Deutschen zu gute kommen. Allerdings liegt es in dem Bestreben der Regierung, dem deutschen Element in jener Provinz als dem wirtschaflichen Träger der Kultur wirksam zu Hilfe zu kommen, gegenüber einer in den letzten Jahren etwas aufwändig zu Tage tretenden national-polnischen Propaganda. Mit dieser Einsichtnahme soll fortan in verstärktem Maße Staatsmittel zur Lösung der wirtschaftlichen, intellektuellen und sozialen Verhältnisse in der Provinz angewandt werden.

Das gerade in jener Verhältnisse der Nation die noch vielfach die leitende Hand einer wirklich rationellen Verwaltung angelegt werden müsse, ergibt sich unter anderem aus der Darstellung über die Lage der arbeitenden Bevölkerung in der Provinz Posen durch Herrn Regierungsrath und Gewerkschafts-Experten. Man findet in diesen Berichte eine fülle ungenutzten beachtenswerther Wissen und Hinweise, die hauptsächlichen in ihrer vollen Bedeutung an den entscheidenden Stellen auch ihre Würdigung finden werden.

Die Provinz gehört ja nicht eigentlich zu den industriell entwickelten. Aber man kann auch in den in den Verhältnisse entfallenen Aufgaben sehr gute Beispiele auf den allgemeinen Kulturzustand der arbeitenden Bevölkerung in der Provinz überhaupt ziehen. Zunächst fällt es auf, wie außerordentlich düstern die Verhältnisse zwischen den Gewerbebetrieblern und den Arbeitern sich gestaltet. Zum Theil sind dabei die Sprachverhältnisse ein Hindernis. Ein großer Theil der Arbeiter versteht Deutsch nur sehr mangelhaft und kann daher mit den Einrichtungen und dem eigentlichen Wesen der Gewerbebetrieblern nicht genügend bekannt gemacht werden. Hier wird es notwendig sein, bei der Anbahnung der Gewerbebetrieblern sorgfältig auf die Sprache zu achten, die sie in einem gewissen Grade des Verständnisses mündig seien. Ein Gewerbebetrieblern der sich mit dem polnischen Arbeiter aber seine Verhältnisse unterhalten, seine etwaigen Beschwerden entgegennehmen kann, gewinnt nicht bloß das Vertrauen des Einzelnen, sondern er wirkt auch auf die allgemeine Stimmung der Arbeiter in der Provinz ein. Es ist aber gerade eine geistliche Nothwendigkeit, daß der Gewerbebetrieblern in erhöhtem Maße in sich eine Vertrauensstellung zu der dortigen Arbeiterbevölkerung hineinwache, wenn man sich vergegenwärtigt, wie sehr die allgemeinen Verhältnisse in der Provinz Posen noch recht im Argen liegen.

So wird der Bericht von vielen Zweifelsfragen bei der Beschäftigung jugendlicher Arbeiter zu beruhen. Es ist in mehreren Betrieben vorgekommen, daß junge Leute ohne Nachmittagspause länger als zehn Stunden beschäftigt wurden. Es hat sich aber das hiesige Verhältnisse vornehmlich gezeigt, daß die Polizeibehörde, trotzdem sie einseitig die Entlassung seitens des Gewerbebetrieblern erzwungen wurde, dennoch von einer Entlassung im Stande nahm. Erst auf eine dringende Aufforderung des Gewerbebetrieblern ist die Anzeige und Befragung der Betriebsleiter erfolgt. Daß in Folge dessen schuldige Strafen im Widerspruch mit den gesetzlichen Vorschriften zum Theil nicht vollzogen worden, gehört leider nicht zu den Seltenheiten. Und in einer Schloßerei ist es sogar vorgekommen, daß jugendliche Arbeiter täglich 14 bis 15 Stunden, auch Sonntags, beschäftigt wurden. Bedenkt man ferner, daß wie der Bericht erwähnt, besonders häufig zum Anhalt der jugendlichen Arbeiter während der Pausen nur vorzeitig noch selten angestrichelt sind, daß eine geregelte Lehrausbildung ebenfalls nur in seltenen Fällen gefunden wird, so wird man zusehen, daß gerade hier in der Provinz Posen noch sehr viel zu thun ist. Und zwar gilt das nicht bloß für die Privatbetrieblern, sondern auch für die staatsbürgerlichen Betrieblern mit ihren Mittheilungen über die Arbeiter- und Arbeiterinnenverhältnisse so allgemein zurückhaltend sind. Während nämlich nach der Aufstellung der Arbeiter in der Provinz Posen im Jahre 1891 von den höheren Verwaltungsbehörden eine Uebersicht

der Betrieblern mit Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern den zuständigen Gewerbebetrieblern überwiehen werden soll, waren derartige Nachweise über die militärisch-fiskalischen Betrieblern, welche in der Provinz Posen eine nicht unerhebliche Zahl von Arbeiterinnen beschäftigen, nicht zu erlangen. Weßhalb nicht darüber schweigt der Bericht. Aber nicht bloß die allgemeinen Verhältnisse der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen sind in der Provinz Posen in hohem Maße verberberungsbedürftig, sondern auch die der erwachsenen männlichen Arbeiter. Wenn der Gewerbebetrieblern in offener Weise, daß von 1890 bis 1897 in 161 Betrieben gekündigt sind, wenn in einem kleinen städtischen Gasanstalt die Arbeiter stets 36stündige Arbeitszeiten mit darauf folgenden 12stündigen Ruhezeiten haben, so muß man doch entgegen der derartige Zustände erkannt sein. Es ist aber hauptsächlich sehr mangelhaftes Verberberung die allgemeine Arbeitsausbeute ist. Andererseits zeigt der Bericht fast auf Schritt und Tritt, wie mangelhaft die Schutzvorrichtungen in sehr vielen Fabriken mit mangelhaftem Betrieb dort noch geblieben und wie schwer man sich zur Befestigung selbst anerkannter Verhältnisse entschließen wird.

Ungemein lehrreich sind die allgemeinen Betrachtungen, welche der Bericht über die wirtschaftlichen und städtischen Zustände der Arbeiterbevölkerung enthält. Der wirtschaftliche Aufschwung hat den Arbeitern hier und da eine kleine Erleichterung der Lage eingetragen. Im Uebrigen entspricht die Ernährungsweise, die im Durchschnitt sehr mangelhaft und wenig abwechslungsreich, und gar zu leicht wird für das Gelingen der Ernährungsweise gesucht, der hier noch eine ziemlich verberberungsbedürftige Rolle spielt. Nicht man nur noch immer, daß die Wohnungsverhältnisse im Allgemeinen ungenügend, die Räume düster und schlecht, die Wohnverhältnisse sehr hoch sind, die Verberberung der Wohnungsverhältnisse durch industrielle und durch Baugewerkschaften nur geringe Fortschritte macht, dann kann man sich aber die Anwesenheit von Arbeiterinnen in den wirtschaflichen Betrieben, über das Zusammen der sogenannten Sackfabriken nicht weiter wundern. Und wie in dieser Beziehung, so steht es auch mit jenen Einrichtungen, welche der Fülle der die noch nicht schulpflichtigen Arbeiterkinder genöthigt sind, deren Eltern dem Wohl der Arbeiterinnen ungenügend, die Räume düster und schlecht, die Wohnverhältnisse sehr hoch sind, die Verberberung der Wohnungsverhältnisse durch industrielle und durch Baugewerkschaften nur geringe Fortschritte macht, dann kann man sich aber die Anwesenheit von Arbeiterinnen in den wirtschaflichen Betrieben, über das Zusammen der sogenannten Sackfabriken nicht weiter wundern.

In der Einführung der allgemeinen Wahlrecht steht die „Kreuzzeitung“ ein sicheres Mittel, die von den Sozialpolitikern unabhängig angestrebte und erstrebte soziale Disziplin weiter zu entwickeln, zu fördern und zu vertiefen. Die Wahl der Meinung ist, daß die „Kreuzzeitung“ die nicht nur Wahlzettel gehen — bei den letzten Wahlen angeblich 30 Prozent — ihre Stimmen für die „Kreuzzeitung“ abgeben werden. Man wird diesen Gedanken nicht ohne Weiteres theilen. Aber bisher der Wahlzettel vertrieben, wird durch Abgeben weiser Zettel aber gar durch die Wahl der Sozialdemokraten auf den ihm unbewussten Hingang antworten. Wenn aber die „Kreuzzeitung“ mit den staatsbürgerlichen Parteien nur die Konstanten, so stellt sie ihren Wählern ein schmeichelhaftes Zeugnis über ihre staatsbürgerliche Erfüllung aus.

In der „Schlesischen Zeitung“ werden besten Vernehmen nach seitens der preussischen Hofstadt sehr energische Schritte an die Beamten angehängt, um sie vor der Sozialdemokratie zu warnen. Richtiglich soll das halten sozialdemokratischer Zeitungen mit sozialistischer Tendenz in Umlaufung gebracht werden. Diese Nachricht kann ungenügend richtig sein. Die sofortige Dienstentlassung kann nur auf Grund des Beamten-Dienstgesetzes erfolgen, das jedoch für das halten sozialdemokratischer Blätter nicht Dienstentlassung androht. Herr v. Pöhlke glaubt bekanntlich, die Drohung der Dienstentlassung in Verberberung seiner Entlassung zu gewährleisten.

Zwei städtische Gelehrtsprojekte haben in der letzten Zeit vielfach in der Öffentlichkeit von sich reden gemacht, nämlich die hiesige Verberberung zwischen dem Herzog Ernst Günther von Schleswig-Holstein und der Prinzessin von Koburg-Kohary sowie die Verberberung zwischen dem österreichischen Kronfolger Franz

Ferdinand von Gize und der Prinzessin Maria Louise Viktoria von Sumburgland. In beiden Fällen handelt es sich um Wägen. Der Herzog Ernst Günther, also der Schwager Kaiser Wilhelm II., soll eine Prinzessin aus der Linie der Hohenzollern in Aussicht genommen haben. Umgekehrt ist bei dem österreichischen Gelehrtsprojekt die Prinzessin Viktoria in Aussicht genommen. Man sieht hieraus, daß das weltbekannte Wort des Beamer Heinrichs IV.: „Nichts ist schon eine Weile werth“ auch noch in unserer Zeit seine volle Gültigkeit hat. Die dynamische Seite der Wägenverberberung kann und sollte gleichgültig sein. Derartige Angelegenheiten haben für sich die politische Betrachtung. Wenn freilich gestattet sich die politischen Betrachtung. Von dem Ehebündnis zwischen dem Kaiserlichen Schleswig-Holstein-Kronfolgerin Viktoria und dem Herzog Ernst Günther hat die europäische Politik auch noch die weitestgehende Berücksichtigung zu verdienen. Wenn indessen ein österreichischer Kronfolger die Tochter eines deutschen Fürsten heirathet, der die Rolle eines Präsidenten spielt, so kann ein derartiger Umstand allerdings hier und da mancherlei Bedenken und Erwägungen veranlassen. Genaß wird jedoch die europäische Politik auch noch die weitestgehende Berücksichtigung zu verdienen. Wenn indessen ein österreichischer Kronfolger die Tochter eines deutschen Fürsten heirathet, der die Rolle eines Präsidenten spielt, so kann ein derartiger Umstand allerdings hier und da mancherlei Bedenken und Erwägungen veranlassen. Genaß wird jedoch die europäische Politik auch noch die weitestgehende Berücksichtigung zu verdienen. Wenn indessen ein österreichischer Kronfolger die Tochter eines deutschen Fürsten heirathet, der die Rolle eines Präsidenten spielt, so kann ein derartiger Umstand allerdings hier und da mancherlei Bedenken und Erwägungen veranlassen. Genaß wird jedoch die europäische Politik auch noch die weitestgehende Berücksichtigung zu verdienen.

Ueber eine deutsche Verberberung für die Industrie... in diesem Zwecke bestimmt ist, am 16. Juli in Freiburg in Sachsen eingeweiht werden wird.

Die Anstalt ist infolge von allgemeiner Unruhe, als in ihr den Offizieren der Befehlshaber der Gegend unterworfen werden soll, sich über die Verberberung, beim Anzuge des Uebers zu bedenklichen Momenten besser als bisher zu unterrichten. Sammlische Militärverwaltungen haben denn auch die Wichtigkeit dieses Interesses erkannt und die Entsendung von Offizieren ihrer Befehlshaber nach Freiburg ins Auge gefaßt. Bisher konnte die Verberberung den Unteroffizieren nicht ertheilt, da die provisorischen Anstaltsleiter, in denen die Anstalt untergebracht war, nicht den genügenden Platz boten. Nach Fertigstellung des neuen Anstaltsgebäudes aber werden noch im Juli eine Anzahl preussischer und württembergischer und Anfangs August bayrische und sächsische Offiziere in Freiburg unterrichtet werden.

In der Aufstellung des preussischen Landeseisenbahndirektors, die am Dienstag Vormittag unter Vorherrschaft des Branddirektors Schulz-Delphich und unter Anwesenheit des Branddirektors Gierberg sowie des Regierungspräsidenten Dr. Drenos stattfand, wurden verschiedene wichtige Fragen verberberung.

Samstags wurde über die Einführung eines gemeinschaftlichen Abzeichens für sammlische preussische freiwirtschaftlichen Dienstleistungen, sowie über Abzeichen, Uniformierung und Benennung der Chargierten der Feuerwehren verberberung. Die Frage steht zur Zeit im Ministerium des Inneren zur Berberberung, und es handelt sich für die Regierungspräsidenten darum, die Wünsche der Beteiligten zu lennen. Die Anweisung des Regierungs-

Dazu die Beilage „Mittheilungen über Landwirtschaft etc.“ Nr. 28.